



ASIEN/AFGHANISTAN - Schockierende Forderung im Parlament: „Islamische Gläubige, die zum Christentum konvertieren sollen hingerichtet werden“

Kabul (Fidesdienst) – Ein Mitglied des afghanischen Parlaments fordert die Hinrichtung von islamischen Gläubigen, die sich zum Christentum bekehren. Damit solle auf der Grundlage der Gesetze der „Sharia“ verhindert werden, dass die Zahl der afghanischen Bürger, die sich innerhalb und außerhalb des Landes zum Christentum bekehren weiter zunimmt. Wie Beobachter dem Fidesdienst berichten, soll der muslimische Abgeordnete Nazir Ahmad Hanafi diese Forderung vorgetragen haben, nachdem die afghanische Presse einen Bericht zum Anstieg der Zahl der Christen in Afghanistan veröffentlicht hatte: Hanafi erklärte im Parlament: „Afghanische Bürger bekehren sich weiterhin in Indien zum Christentum. Dies verstößt gegen das afghanische Gesetz und auf der Grundlage des Koran müssen diese Konvertiten hingerichtet werden“.

Im Rahmen der Debatte im Parlament bezeichnete ein anderer Parlamentarier, Abdul Latif Pedram, das Phänomen der Bekehrungen zum Christentum als „Folge der amerikanischen Präsenz in Afghanistan“. Der Präsident des afghanischen Parlaments, Abdul Rauf Ibrahim, verurteilte abschließend den „christlichen Proselytismus“ in Afghanistan und beauftragte die Kommission für Sicherheit „ernsthaften Ermittlungen im Zusammenhang mit dieser Frage“.

Zahlreiche islamische Religionsvertreter betrachten die Verbreitung des Christentums als eine Gefahr für das Land. In den vergangenen Monaten hatte der „Islamische Rat in Afghanistan“ den Präsidenten Karzai auf die zunehmende Zahl ausländischer Arbeitnehmer christlicher Religion im Land aufmerksam gemacht. (PA) (Fidesdienst, 09/09/2013)